

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Bestellgeld. Bestell-
ungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro viergehaltene Zeile 60 Pf.;
für Werbungsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Werbungs-
angelegenheiten 20 Pf. Arbeit-
angeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 30.

Berlin, den 20. Juli 1913.

29. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Nach dem Ergebnis der nunmehr vollzogenen Neuwahl des Verbandsvorstandes und Ausschusses setzen sich die beiden Körperschaften wie folgt zusammen:

Verbandsvorstand:

Emil Kloth, 1. Vorsitzender;
Wilhelm Harder, 2. Vorsitzender;
Eugen Hauelsen, Kassierer;
Eugen Brückner,
Leopold Jünemann,
Frau Lucie Krzymin,
Paul Schade,
Theodor Tentscher,
Otto Wienicke,

Weisiger.

Die Sitzungen des Verbandsvorstandes finden jeden Donnerstagabend im Bureau, Urbanstr. 63, I, statt.

Alle Sendungen sind zu richten: für den Verbandsvorstand an Emil Kloth; für die Verbandskasse an Eugen Hauelsen und für die Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ an Karl Michaelis, sämtlich Berlin S. 59, Urbanstr. 63, I.

Verbandsauschuss:

Hugo Bergmann, Vorsitzender;
Karl Seiche;
Julius Otto;
August Schröder;
Max Schälbig.

Die Sitzungen des Ausschusses finden nach Bedarf statt.

Alle Sendungen für den Ausschuss sind zu richten an: Hugo Bergmann, Leipzig-Anger, Karl-Krause-Straße 1, I.

Der Verbandsvorstand.

Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit.

II.

Lr. Wenn Menschen schweigen, so werden die Steine reden, heißt es in der Bibel, und wenn sich niemand um die Arbeiter und die Arbeiterinnen kümmert, so müssen sie sich selbst um sich kümmern, heißt es im Arbeiterkatechismus. Und in der Tat hat sich das Proletariat in seinen aufgeklärten Schichten schon seit Jahrzehnten dagegen empört, daß man seinen wirtschaftlichen und menschlichen Wert mit Füßen tritt, daß man es zu einem bloßen Ausbeutungsobjekt erniedrigt hat. Wir wissen wohl, daß unsere Arbeitskraft ausgezehrt werden muß, aber wir wollen nicht, daß sie ausgebeutet werden darf, wir sind damit einverstanden, daß der Unternehmer unsere Arbeitskraft gebraucht, aber wir wehren uns dagegen, daß er sie mißbraucht. Zwischen Gebrauch und Mißbrauch ist ein himmelweiter Unterschied und ebensowenig wie ein vernünftiger Unternehmer seine Werkzeuge und seine Tiere mißbraucht, ebensowenig soll ihm auch das Recht zustehen, seine Arbeiter und Arbeiterinnen zu mißbrauchen. Menschenschutz und Menschen-schonung ist also die große Forderung der zum Selbstbewußtsein erweckten Arbeiterklasse.

Diese Forderung stellen wir zunächst aus wirtschaftlichen Gründen, weil wir nicht wollen, daß der in jedem Menschen stehende wirtschaftliche Wert durch eine rücksichtslose Ausbeutung vorzeitig zugrunde gerichtet wird. Glücklicherweise macht sich in dieser Beziehung in den weitesten Kreisen ein langsamer Umschwung bemerkbar. Das neue Wissen der Gegenwart erzeugt auch ein neues Gewissen und dieses neue soziale Gewissen empört sich dagegen, daß mit der Menschenkraft und dem Menschenwert Raubbau getrieben wird. Allmählich dämmert die Einsicht auf, daß auch der arbeitende Mensch in sich einen großen Fonds von Kapital birgt, das geschont werden muß, daß er ein großes Wertobjekt ist, das nicht leichtfertig vergeudet werden darf. Darum ist es schon ein großer Fortschritt gegen das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, die lebendige Menschenkraft schlechter zu behandeln als die Arbeitskraft eines Tieres und den Menschen geringer zu achten als eine Maschine. Der Raubbau an Menschenkraft und Menschenge-sundheit ist nicht nur ein Fehler, sondern auch ein Verbrechen.

Nun betrachte man nur, wie der moderne Kapitalismus, wenn ihm die Raubtierkräfte nicht beschnitten sind, mit dem Proletariat umspringt. Die rücksichtslose Ausbeutung der Kinder schreit geradezu zum Himmel, Millionen unentwickelter Menschenknospen werden gepflückt, ehe sie erblüht sind, und es läßt sich kaum ausdenken, welcher unermeßlicher Schaden dadurch angerichtet worden ist, daß Kinder und junge Leute vorzeitig ins Arbeitsjoch gespannt werden. Es ist ein trauriges Kapitel in der Geschichte des modernen Kapitalismus, das uns die Greuel der Kinderarbeit schildert, und unser Herz empört sich, wenn wir sehen, mit welcher Herzlosigkeit das Kapital des Profits wegen die Gesundheit und das Lebensglück der heranwachsenden Generationen vernichtet. Nicht minder auch treibt es uns die Zornesröte ins Gesicht, wenn wir die Auswüchse der gewerblichen Frauenarbeit beobachten. Wie das Kapital gegen die zukünftigen Mütter unseres Volkes, gegen die schwangeren Frauen und die Familienmütter vorgeht, ist ja zu bekannt, als daß man noch ein Wort darüber zu verlieren braucht. Und dann denke man an die lange Arbeitszeit und die intensive Arbeitsweise, unter der die erwachsenen Männer seufzen, an die niedrigen Arbeitslöhne, die keine angemessene Ernährung zulassen, an die erbärmlichen Wohnungen, die kein Verlangen aufkommen lassen, an die ungesunden Arbeitsstätten, die so schreckliche Verberungen anrichten, und man wird die kapitalistische Ausbeutung in ihrer ganzen Abscheulichkeit erkennen. Darum ist es schon aus Sparamkeitsrücksichten notwendig, daß der sinnlosen Verschwendung von Menschenwert baldmöglichst und gründlich ein Ende gemacht wird.

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen noch sozialethische hinzu. Die modernen Arbeiter sind zum Bewußtsein ihres Wertes und ihrer Menschenwürde erwacht, sie sind Kulturmenschen geworden und haben die politische Freiheit und Gleichberechtigung erlangt. Darum empfinden sie die Rücksichtslosigkeit, mit der sie ausgebeutet werden, als ein ihnen angetanes Unrecht und als eine Verleumdung, und darum regt sich in ihnen der starke Wille, der Verflabung ein Ziel zu setzen. Sie empören sich dagegen, daß man sie körperlich und geistig zugrunde richtet, während man

ihnen von Freiheit und Menschenrecht erzählt. Mit dieser Stimmung in den Kreisen des klassenbewußten Proletariats muß das Unternehmertum rechnen und hieraus erklärt es sich, daß der soziale Gedanke auch in bürgerlichen Kreisen immer mehr an Boden gewinnt. Man fürchtet die steigende Empörung der Arbeitermassen, die in dem Anwachsen der Organisationen ihren stärksten Ausdruck findet, und man will deshalb durch eine Wäderung des Ausbeutungssystems vorbeugen. Die moderne kapitalistische Gesellschaft wird arbeiterfreundlich und der Staat betrachtet die Arbeiterfürsorge als eine sozialmoralische Pflicht. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß wirtschaftliche und soziale Veränderungen auch eine Umwandlung der sozialen Moral im Gefolge haben. Die Einsicht in die wirtschaftlichen Nachteile eines Raubbaues an Menschenkraft erzeugt ein gewisses Verantwortlichkeitsgefühl in den Kreisen der Oberschichten und schärft ihnen das soziale Gewissen. Es macht sich eine ähnliche Umwandlung in bezug auf die soziale Wertung der Arbeiterschaft bemerkbar, wie wir sie vor hundert Jahren in bezug auf das Bürgertum beobachteten. Einmal waren die Bürger des Staates wegen da und wurden nur danach gewertet, ob viel oder wenig aus ihnen herauszuholen war, aber als ihre wirtschaftliche Macht wuchs, räumte ihnen der Staat, wenn auch widerwillig, größeren Einfluß ein. Jetzt gilt der Grundsatz, daß der Staat der Bürger wegen da ist und daß die Bürger mitzubestimmen haben, wie die Steuern aufgebracht und wie sie verwendet werden sollen. Es wird auf die Steuerkraft der verschiedenen Volksschichten Rücksicht genommen und es gilt — wenigstens in der Theorie — der Grundsatz, daß die Abgaben auf die tragfähigsten Schultern gelegt werden sollen. In derselben Weise hat auch die steigende Macht des Proletariats eine Umwandlung im sozialen Gedankentum der Bürgertums und der Behörden erzeugt. Heute ringt sich immer mehr der Grundsatz durch, daß die Menschen nicht mehr der Wirtschaft wegen da sind, sondern daß umgekehrt die Wirtschaft der Menschen wegen da ist. Die Parole lautet: „Erst Mensch und dann Arbeiter, erst Mensch und dann Wirtschaft!“ Und die Folge davon ist, daß das Prinzip der Wirtschaftlichkeit von den Tieren und Sachen auf die Menschen ausgedehnt und zu einer sozialethischen Forderung erhoben wird.

Der Gedanke, daß der Mensch nicht mehr Wirtschaftssubjekt bleiben, sondern Wirtschaftssubjekt werden soll, dieser revolutionäre Gedanke der Gegenwart, findet seinen Ausdruck in der Sozialpolitik, die das Interesse der Menschen gegenüber dem Interesse des ausbeuterischen Kapitals vertreten soll. Trotz des heftigen, erbitterten Widerstandes des Ausbeutertums gegen den Arbeiterschutz, das darin eine Schwächung seines Profits und eine Beschränkung seiner Raubtierfreiheit erblickt, setzt sich mit unaufhaltsamer Wucht der Gedanke durch, daß eine großzügige Sozialpolitik nicht nur eine Forderung der Menschlichkeit, sondern auch die Vorbedingung einer gedeihlichen Volkswirtschaft ist. Wer heute noch nicht erkannt hat, daß es eine Unmenschlichkeit ist und daß das Wirtschaftsleben unerfessbaren Schaden leidet, wenn tagaus tagein mit der menschlichen Arbeitskraft Schindluder getrieben wird, der ist mit Blindheit geschlagen. Das denkende Proletariat will es nicht mehr dulden, daß man seine Arbeitskraft und sein Menschtum mit

Hüfen tritt, und darum begrüßt es freudig die Worte des Erwählten des großen amerikanischen Volkes, die da die Forderung verkünden, daß die irdischen Werte des Menschen höher zu veranschlagen sind als die materiellen Vorteile. Und wir werden diese Wahrheit ununterbrochen und mit lauter Stimme in die Welt hinausprechen, daß den Ausbeutern und Schatzmachern die Ohren klingen.

Die Versicherungsbedingungen der „Volkfürsorge“.

Einer der wesentlichsten Vorteile der „Volkfürsorge“ wird sein, daß bei ihr ein Verfall der Versicherungen und damit verbunden ein vollständiger Verlust des eingezahlten Geldes ausgeschlossen ist. Wie wichtig das für die Versicherten ist, geht daraus hervor, daß bei zehn namhaften Versicherungsgesellschaften im Jahre 1911 von 600 226 erloschenen Volksversicherungen allein 304 090 = 50,66 Proz. ohne jede Rückvergütung verfallen sind. Über 300 000 Personen büßten die von ihnen bezahlten Eintrittsgelder von 1,50 M. bis 2 M. pro Versicherung und ihre an die Versicherungsgesellschaften entrichteten Prämien ein.

Nach den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften verfallen alle Versicherungen, wenn die Versicherten länger als vorgeschrieben mit ihren Zahlungen im Rückstande bleiben. In den ersten drei Jahren wird ihnen bei den meisten Gesellschaften keine Vergütung für die eingezahlten Prämien gezahlt; erst nach drei Jahren können die Versicherten laut Gesetz verlangen, daß ihre Versicherung in eine prämienfreie umgewandelt wird. Diese Umwandlung erfolgt in der Regel derart, daß die Versicherungssumme in Verhältnis der eingezahlten Prämien zu der Gesamtsumme der für die ganze Versicherungsdauer zu leistenden Prämien herabgesetzt wird.

Die Versicherungsgesellschaften behaupteten, auch die „Volkfürsorge“ werde so verfahren müssen. Die „Volkfürsorge“ hätte nun das schwierige Problem, den Verfall von Versicherungen nach Möglichkeit zu verhüten, ebenfalls nicht gut lösen können, wenn sie, wie die alten Gesellschaften, lediglich Kapitalversicherungen eingeführt hätte. Die „Volkfürsorge“ hat aber neben dieser auch Sparversicherung, deren Einführung die großen Gesellschaften fast ausnahmslos stets abgelehnt haben.

Infolge Einführung der Sparversicherung ist die „Volkfürsorge“ in der glücklichen Lage, schon

im ersten Jahre des Bestehens einer Versicherung den Verfall fast ganz auszuschließen. In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es: „Erfolgt die Zahlung der Prämien nicht binnen zwei Monaten vom Fälligkeitstag ab, so treten folgende Wirkungen ein:

a) Ist auf die Versicherung noch nicht eine volle Jahresprämie gezahlt, so wird sie in eine Sparversicherung umgewandelt, wobei die eingezahlten Prämien abzüglich 20 Proz., mindestens aber von 1 M., dem Versicherten angerechnet werden.

b) Hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so wandelt sich die Versicherung von selbst in eine prämienfreie um.“

Die Umwandlung erfolgt in der Weise, daß an die Stelle der vereinbarten Versicherungssumme der Betrag tritt, der sich für das Alter des Versicherten ergibt, wenn die auf die Versicherung entfallende Prämienreserve als einmalige Prämie angesehen wird.

Beide Arten der Umwandlung sind für die Versicherten die denkbar günstigsten; im ersten Jahre der Versicherung ist für die Versicherten die Umwandlung auf Sparversicherung oft vorteilhafter, bei schon erfolgter Einzahlung größerer Prämiensummen wirkt für sie die zweite Art günstiger.

Ohne irgendwelche Vergütung werden bei der „Volkfürsorge“ also nur in wenigen Ausnahmefällen Versicherungen verfallen; der festgesetzte geringe Abzug im ersten Jahre der Versicherung von 20 Proz. der eingezahlten Prämien war notwendig, um nicht die Interessen der regelmäßigen Zahler zu schädigen. Die „Volkfürsorge“ hat bei jeder Versicherung von vornherein Mißlo zu tragen. Stirbt der Versicherte im ersten Versicherungsjahre, so werden die eingezahlten Prämien zurückerstattet, tritt der Tod infolge eines körperlichen Unfalls ein, so wird die volle Versicherungssumme gezahlt. Für jede Versicherung entfallen außerdem Verwaltungskosten, so daß der Abzug von 20 Proz. der eingezahlten Prämien als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist.

Die „Volkfürsorge“ hat aber auch die Kündigung und den Rückkauf von Versicherungen ermöglicht, und wandelt somit nicht in den Bahnen der alten Gesellschaften, welche eine vorzeitige Zahlung für die Volksversicherungen oder deren Beilegung durch die Gesellschaft oder einen Rückkauf nicht zulassen. Bei den Kapitalversicherungen der „Volkfürsorge“ kann die Versicherung jederzeit am Schlusse des Versicherungsjahres ge-

kündigt werden. In diesem Fall zahlt die „Volkfürsorge“ vier Fünftel der auf die Versicherung geschäftsplanmäßig entfallenden Prämienreserve gegen Quittung zurück.

Bei den Sparversicherungen lautet der Passus: „Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit kündigen. Im Fall einer Kündigung zahlt die „Volkfürsorge“ 95 Proz. der für die Versicherung angesammelten Prämienreserve und die nicht gutgeschriebenen Prämien zurück.“

Welche Gesellschaft außer der „Volkfürsorge“ gestattet bei der Volksversicherung unter derart kulanten Bedingungen die Kündigung von Versicherungen?

Für den Versicherten ist der normale Ablauf der Versicherung immer das günstigste. Bei einem Rückkauf oder einer Umwandlung der Versicherung in eine prämienfreie entziehen für den Versicherten Verluste selbst dann, wenn, wie dies bei der „Volkfürsorge“ der Fall ist, in der kulantesten Weise verfahren wird. Auch die „Volkfürsorge“ muß sich an die gesetzlichen Vorschriften über die Bildung von Prämienreserven für die Versicherten halten; sie kann und darf nicht die Interessen derjenigen, welche ihre Prämien bis zum Ablauf ihrer Versicherung regelmäßig zahlen, zugunsten solcher Versicherter schädigen, welche ihre Versicherung vorzeitig aufgeben. Für jede eingegangene Versicherung hat die Gesellschaft Mißlo getragen, sind ihr Unkosten erwachsen, so für bei einer Umwandlung oder einem Rückkauf Abzüge gemacht werden müssen.

Was aber bisher das große Mißtrauen im Volke gegen die Versicherungsgesellschaften wachgerufen hat, war der Umstand, daß sie bis auf wenige Ausnahmen die Versicherten völlig unklaren darüber ließen, auf welche Beträge sie im Falle einer Umwandlung oder bei einem Rückkauf Anspruch hatten. Die „Volkfürsorge“ wird auch nach dieser Richtung reformierend wirken, indem bei ihr jeder Versicherte aus der seinem Versicherungsscheine beigelegten Tabelle ersehen kann, auf welchen Betrag er bei einer Umwandlung oder bei einem Rückkauf rechtmäßigen Anspruch hat.

Wahrheit und Klarheit ist die Grundlage des Vertrauens! Für die „Volkfürsorge“ gibt es ihren Versicherten gegenüber keine Geschäftsgeheimnisse!

Nach den Praktiken der alten Gesellschaften sind für Verufe, in welchen die Sterblichkeitsziffer eine höhere als im allgemeinen Durchschnitt ist, Sonderbarische mit höheren Prämien resp. niedrigeren Versicherungssummen eingeführt worden, oder es wird das Eintrittsalter für Angehörige solcher Verufe um einige Jahre hinaufgeschraubt, wodurch

Manöver-Krebie.

Eine Erinnerung an die Schwalm.

(Nachdruck verboten.)

Kurbessen — lang ist es her, daß ich als junger Soldat im Manöver Gelegenheit hatte, Land und Leute kennen zu lernen. Neustadt hieß das kleine Landstädtchen, in welchem der Regimentsstab und unser ganzes Bataillon Standquartier bezogen hatten.

Der Empfang von Seiten der Bevölkerung war ziemlich kühl gewesen. Das konnten wir berichten, denn damals hatten die Hessen alljährlich das zweifelhafte Vergnügen, in größerem Maßstabe mit Einquartierungen bedacht zu werden.

Gar lebhaft ging es nun in dem sonst so friedlich stillen Orte zu, besonders am 2. September, der zu unserer Freude, der Sedanfeier wegen, gerade auf einen Sonntag fiel. Nachmittags, im Schützenhause, wurde der Tag durch Freizeiter und allerlei Besichtigungen feierlich begangen. Gemaltig erhallten die alten und doch ewig neuen Volks- und Soldatenlieder über den Platz.

So berging nur zu schnell die Zeit. Es war gegen 6 Uhr abends gemeldet, als das Erscheinen einer Ordnung unseres Feldwebel Veranlassung gab, die Unteroffiziere zusammenzurufen. Gleich darauf übermittelten diese den Befehl, daß die Mannschaften sich sofort in ihre Quartiere zu begeben hätten, um die Kornister zu packen, morgen früh 5 Uhr würde abgerückt.

„Nanu! Washab nur?“ Wollte acht Tage sollten wir doch noch in dem Städtchen im Standquartier verbleiben und nun dieser neue Befehl. Angenehm war das ja gerade nicht. Im großen und ganzen hatte es wohl allen in Neustadt, das, nebenbei bemerkt, wie ganz Hessen, eine starke jüdische Einwohnerkraft beherbergte, ganz gut gefallen, trotz mancher kulturell tiefschender Sonderlichkeiten. Der Mist, diese „Seele der Landwirtschaft“, lag in den

meisten Fällen direkt vor der Haustür. Springend und balancierend, über Hüfen und Haufen hinweg, mußte gar oft der Eingang erklimmt werden. Als Kulturmesser waren auch die Abortanlagen einzuschlagen. Diese nützlichen und notwendigen Gebrauchsgegenstände waren in den Häusern oftmals überhaupt nicht, oder aber in der allereinfachsten Form vorhanden; zwei Pfähle und ein schmales Brett darauf genagelt, war alles. Die Folge war, daß die traben Musteliere sich allabendlich im Gelände erleichterten und, wie ein Spatzvogel meinte, „Oasen markierten“.

Diese Zustände drängten ohne weiteres zu einem Vergleich mit denen der Thüringer Heimat, so daß man es des öfteren hören konnte: „Da is es bei uns derheme Gold vagegen.“

Als ins Quartier und den Affen gepackt! Vom Sergeanten Köhler, unserem Korporalschaftsführer, erfuhren wir nun, daß durch Brigadefehl die Manöver mehr nördlich, in die Gegend von Treja verlegt wurden, und zwar weil im benachbarten Marburg zwei Fälle von Cholera festgestellt waren. Ja, man rechnete bereits mit dem Abbruch der Manöver. Doch trat diese Katastrophe erfreulicherweise nicht ein. Die Seuche blieb auf ihren Herd beschränkt und war bald erloschen.

Wir sollten in der Schwalm einquartiert werden. Die berühmte und berüchtigte Schwalm, von deren Herrlichkeiten: Leinöl, Kartoffelschnaps und Schlappermilch mit Kartoffeln uns die „alten Leute“ in der Kaserne manchmal die erbaulichsten Dinge erzählt hatten.

Früh Punkt 5 Uhr stand das Bataillon marschbereit. Ein fetter Regen rieselte ununterbrochen hernieder. Der schwere Kornister drückte erbärmlich, so daß keine rechte Stimmung aufgenommen wollte.

„Also nachdort meine Herren, mit der Dritten zusammen“, meinte unser Hauptmann zu seinen Leutnants.

Nach beschwerlichem Marsch, oft auf recht erbärmlichen Feldwegen, durchnäht und beschmutzt, langten wir in ...dorf an. Die Quartiermacher kamen uns entgegen und überbrachten die Quartierscheine. Sergeant Köhler und 5 Mann, darunter auch ich, lagen auf die 15 Minuten entfernte Mühle zu liegen.

Müde und abgepannt näherten wir uns unserem Ziele. Scharf schlug der Hahn an, ein Fenster wurde geöffnet und das mürrische Gesicht des mehlschäbigen Müllers erschien im Fenster Rahmen.

Auf unser freundliches: „Guten Tag, Herr Müller!“ erfolgte kein Dank. Schwapp! flog das Fenster wieder zu.

„Dat sich schlecht gefrühstückt!“ meinte Kamerad Bonst, der wackere Pole und trakte sich hinter der riesigen, weitabstehenden Ohrmüchel. Waffentürend ging es nun hinein in die Wohnstube. „Ein Sergeant, fünf Mann Einquartierung!“ meldete unser Führer dem Besitzer.

Mit bedrücktester Miene wurde das Unabänderliche entgegengenommen. Die Stube wurde uns als Fuß- und Aufbewahrungsort für die Sachen angewiesen und gleichzeitig die wenig erfreuliche Mitteilung gemacht, daß alle, außer dem Sergeanten, im Heu über dem Pferdestall zu schlafen hätten. Auch noch diesen Schmerz!

Der Sergeant allein war so glücklich, eine Kammer mit Bett zu erhalten. Kameradschaftlich teilte er die feineswegs zu große Lagerstätte mit seinem Puffer.

Mach machten wir uns nun heimlich. Stellten die Gemehre in die Ecken, legten die Kornister auf die Bänke, die an den Wänden entlang standen und zogen uns um. Die nasse Mokuz wurde in der Nähe des großen Ofens zum Troden aufgehängt.

In der ersten ausgesparten Stube waren alle Gegenstände mit einer mehr oder weniger starken Schicht Mehlstaub bedeckt. Ganz besonders auf dem

ebenfalls eine Erhöhung der Prämien resp. Erniedrigung der Versicherungssummen bemerkt wird, oder die Agenten erhalten Anweisung, bei diesen mit einem bestimmten günstigen Tarif überhaupt nicht zu akquirieren.

Auch die „Volksfürsorge“ kann selbstverständlich nicht schwer kranke Personen, deren Ableben bald zu erwarten steht und welche von allen Gesellschaften abgelehnt werden, versichern; sie würde sonst leichtfertig handeln und mit enormen Sterblichkeitsverlusten zu rechnen haben. Die „Volksfürsorge“ macht jedoch keinen Unterschied nach der Berufsangehörigkeit, sie hat keine besonderen Geschäftskontingente oder Ausnahmebestimmungen für einzelne Berufe, sondern die eingeführten Tarife gelten für alle ohne Ausnahme.

Bei dem großen Interessentenkreise der „Volksfürsorge“ ist das höhere Risiko, welches sie dadurch trägt, auf die Allgemeinheit berechnet, ein äußerst minimales. Die „Volksfürsorge“ wird in allen Distrikten Deutschlands, in allen Berufen gleichmäßig Versicherungen abschließen und kann deshalb ohne Gefahr alle Volksgenossen gleich behandeln.

Als Erläuterung der durch die „Volksfürsorge“ gebotenen Versicherungsmöglichkeiten führen wir nachfolgend zu den einzelnen Haupttarifen noch je ein Beispiel an.

Tarif 1: Versicherung auf den Todesfall mit abgeklärter Prämienzahlung mit Gewinnbeteiligung.

Eine 25jährige Person, welche 30 Jahre lang halbmöndlich 1 Mk. zahlt, versichert dafür nach Tarif 1 ein Kapital von 680 Mk., das beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahre*) ausbezahlt wird. Tritt der Tod erst nach dem 65. Lebensjahre ein, so vermehrt sich das Kapital vom 65. Lebensjahre an jährlich um 3% Proz. Zinseszins. Erlebt die versicherte Person den spätesten Auszahlungstermin, nämlich das 85. Lebensjahre, so erhält sie die um 20 Jahre Zinseszins erhöhte Summe von 1353 Mk. Eine weitere nicht unerhebliche Steigerung des Kapitals tritt ein durch die Auszahlung der beim Tode resp. 85. Lebensjahre fälligen, angesammelten und verzinsten Gewinnanteile, deren Höhe sich im Voraus nicht bestimmen läßt.

Tarif 2: Versicherung auf den Todesfall, mit Gewinnbeteiligung.

Nach diesem Tarif 2 kann eine 25jährige Person, welche 30 Jahre lang halbmöndlich 1 Mk.

*) d. h. mit dem Ablauf der vollen Versicherungsjahre, die sich als Differenz zwischen dem Eintrittsalter und dem 85. resp. 65. Lebensjahre ergeben.

bezahlen will, ein Kapital von 600 Mk. versichern, das 30 Jahre nach Beginn der Versicherung oder bei vorher eintretendem Tode sofort zur Auszahlung gelangt. Ingleich mit dieser Summe werden dann noch die auf die Versicherung entfallenen, von der „Volksfürsorge“ angesammelten und um 3% Proz. Zinseszins vermehrten Gewinnanteile ausgezahlt. Die Höhe dieser Gewinnanteile läßt sich im Voraus nicht bestimmen.

Tarif 3: Versicherung auf den Todesfall und Erlebensfall mit zehnjähriger Prämienzahlung und mit Gewinnbeteiligung.

Eine 25jährige Person will sich im eigenen oder im Interesse ihrer Angehörigen versichern, kann sich aber infolge unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse oder aus anderen Gründen nicht dazu entschließen, eine Zahlungsverpflichtung von längerer Dauer einzugehen. Sie wählt daher eine Versicherung nach Tarif 3 mit nur zehnjähriger Prämienzahlung und erhält, wenn die Auszahlung der Versicherungssumme beim Tode, spätestens bei Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgen soll, bei einer halbmöndlichen Prämie von 1 Mk. ein Kapital von 330 Mk. Diese Summe erhöht sich um die angesammelten und verzinsten, in ihrer Höhe im Voraus nicht bestimmbar Gewinnanteile.

Tarif 4: Kinderversicherung in Verbindung mit Militärdienst- oder Aussteuerversicherung, mit Gewinnbeteiligung.

Ein Vater, der für sein noch nicht ein halbes Jahr altes Kind halbmöndlich eine Versicherungsprämie von 1 Mk. zahlen will, kann dafür ein Kapital von 320 Mk. versichern, das beim Tode nach vollendetem siebenten und vor vollendetem 15. Lebensjahre voll zur Auszahlung kommt. Vollendet das versicherte Kind das 15. Lebensjahr, dann wird die Hälfte des Kapitals fällig; die andere Hälfte wird gezahlt bei Vollendung des 20. Lebensjahres oder bei vorher eintretendem Tode. Soll die zweite Hälfte des versicherten Kapitals im Erlebensfalle erst bei Vollendung des 25. resp. 30. Lebensjahres fällig werden, dann erhöht sich die Summe auf 340 bzw. 360 Mk. Eine weitere Steigerung der in Betracht kommenden Summe tritt ein durch die Auszahlung der auf die Versicherung entfallenen, von der „Volksfürsorge“ angesammelten und um 3% Proz. Zinseszins vermehrten Gewinnanteile, deren Höhe zurzeit nicht angegeben werden kann.

Tarif 5 u. 6 sind Volksversicherungen mit zwangloser Prämienzahlung (Spar-

versicherungen), ohne Gewinnbeteiligung, bei denen eine regelmäßige Zahlung nicht erforderlich ist, sondern der Versicherte kann zahlen, wann, wo und wieviel er will, bis zum Höchstbetrage von 60 Mk. in einem Jahre. Jede Einlage von mindestens 5 Mk. gilt als die Zahlung einer einmaligen Prämie und wird nach der dem Alter des Versicherten entsprechenden Position des Tarifs kapitalisiert.

Bei den Tarifen 1 bis 4 sind die Prämien halbmöndlich zu zahlen. Wir haben bei den angeführten Beispielen die Prämie mit 1 Mk. zugrunde gelegt, die Höhe derselben richtet sich jedoch nach Wahl des Versicherten. Die niedrigste halbmöndliche Prämie ist auf 30 Pf. festgesetzt, sie kann aber nach Wahl erhöht werden auf 40, 50, 60, 70, 80, 90 oder 100 Pf. usw.

Eine Volksversicherung wird natürlich nur dann für die Versicherten von Erfolg sein, wenn große Massen des Volkes sich bei ihr beteiligen. Je mehr Versicherungen, desto geringer das Risiko für die Gesellschaft, desto erheblicher und mit den Jahren stetig wachsend die Gewinnanteile für die Versicherten.

Die „Volksfürsorge“ hat in dem Interessentenkreise der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Bevölkerung und ihrer Familienangehörigen eine sichere Gewähr dafür, daß sie im Laufe der Jahre Millionen von Versicherungen haben wird. Damit ist auch der Erfolg der „Volksfürsorge“ gesichert.

Rus unierem Beruf.

Bei der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat Juni in Betracht kommenden Stichtag — 28. Juni — durch unsere Organisation in 145 Berichtenden Arbeitsstellen mit 17 002 männlichen und 17 066 weiblichen, zusammen 34 068 Mitgliedern, 608 männliche und 398 weibliche, zusammen 1006 am Orte befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 96 männliche und 1 weibliches Mitglied in diesen Arbeitsstellen zugerechnet, so daß insgesamt in den 145 Orten 1103 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden. 3 Arbeitsstellen mit zusammen 46 männlichen und 13 weiblichen Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlen nicht enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 4,1, bei den weiblichen 2,3 und bei beiden zusammen 3,2 Arbeitslose. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten

Schirm der Hängelampe. Seit Jahr und Tag möchte man da das Staubwischen vergessen haben.

Nicht sonderbar sah der große, massive Tisch aus. In der Mitte befand sich eine große, schüsselförmige Vertiefung und ringsherum kleine, flachere, mit mehr tellerartiger Aussehen. Unsere Vermutung, daß diese Ausbuchtungen bei den Schwämmern Schüssel und Teller ersetzen, sollte sich bald als richtig herausstellen.

Gandbuch und Waschbecken wurden als Luxusgegenstände erklärt. Ladend wies man uns an den Dach. Mit dem Waschen nahmen es die Schwämmern nicht sehr genau. Wochentags ging man zum Mühlbach, tauchte die Finger ins Wasser und fuhr sich damit über die Augen. Nur Sonntags wurde gründlich gewaschen und Toilette gemacht, dann waren aber auch die Leute kaum wiederzuerkennen in ihrer eigentümlichen Volkstracht. Die Männer trugen Kniehosen, einen langen, schwarzen* Rock, der bis an die Waden ging und von oben bis unten mit einer Reihe dicht aneinandergefügter großer, goldener Knöpfe besetzt war; auf dem Haupte einen Dreimaster. Das weibliche Geschlecht zeigte sich im Samtmieder, kurzen Röcken, die kaum bis an die Knie reichten, weiße Strümpfe mit bunten Bändern und Schnallenschuhen. Das Haar war, nach oben gefämmt, zu einem Knoten zusammengebunden. Auf diesem Knoten saß nun ein kleines, hochrotes, rundes Käppchen mit schwarzen Bändern, die unterm Kinn in einer Schleife endeten. Je wohlhabender so eine Schwämmernin war, um so mehr der kurzen Röcke hatte sie angezogen, so daß manche der aufgebauten Schönen einen recht komischen Anblick boten. Dieser Eindruck erreichte den Kulminationspunkt, wenn so ein kurzrockiges Mädchen uns die Rehrseite zeigte und auf dem Felde mit Kartoffelackeln beschäftigt war.

Die Kost für unsere stets aufnahmefähigen Soldatenmagen war völlig unzureichend. Zum Mittagessen gab es in der Regel stets Fleisch mit Rindfleisch,

Reis gab es genug, dafür aber desto weniger Fleisch. Gelungen ging es beim Abendbrot zu. „Achtung!“ hieß es, wenn die Magd — der Müller war Witwer — mit einem großen Topf voll Kartoffeln erschien und diese dann auf den Tisch ausstüttete. Damit nun keine herunterfollerten, legten wir die Arme um die Tischplatte. Schnell wurden dann die Erdäpfel aus den Vertiefungen, die Schüssel und Teller vorstellten, herausgeholt, denn nun erschien der dienstbare Geist abermals, um das Schwämmern Kabjalt: Schluppermilch, mit mächtigem Schwung in die Plattenschüssel zu befördern.

Dieses Schauspiel wiederholte sich jeden Abend. Der Sergeant zuckte die Achseln, als ich ihn bat, doch mal vorstellig zu werden. Das einzige, was es in Hülle und Fülle gab, war Kartoffelschnaps. Von diesem Zeug, das wie Feuer brannte, lagen im Keller, zur jederzeitigen Verwendung, zwei große Fässer.

Im Dorfrat war nicht einmal für unser gutes Geld etwas zu bekommen. So fielen wir denn, trotz strengen Verbotes — der Choleraepidemie wegen — über des Müllers prächtigen Obsthagen her. Zwar schimpfte dieser wie ein Mohrspatz, als er dahinter kam, doch ohne jeden Erfolg.

Kamerad Wonski mußte sich außerdem zu helfen, er starrte hin und wieder dem Süherfall einen Wunsch auf, mochte die Eier und teile sie dann mit uns. Nachts im Zuboden wurden sie dann ausgetrunken und die verräterischen Schalen tief und sicher im Feuer geborgen, bis auch hier der Müller Verdacht schöpfte und durch ein Vorlegeschloß die weiteren Besuche des zweibeinigen Warders unmöglich machte.

Am nicht ganz zu verkaufen, legten wir am ersten Ruhetage den nötigen Wammon zusammen und holten aus der Wirtschaft ein köstliches Lagerbier. Bei Gesang und Tanz — Kamerad Polaki spielte Mundharmonika —, im Beisein des Müllers nebst Schnaps, verlief der Abend freudig. Unser Wirt war wie umgewandelt und freute sich über die gemüthlichen

Sachsen. Auf die Preußen, die Anno sechsundsiechzig das schöne Hessenland annerktert hätten, schimpfte er weiblich. Ja, so flüderig er sonst war, er holte sogar seine Zigarrentiste herbei und spendierte jedem zwei, Wonski sogar für seine schöne Wurst drei Zigarren. Ich benutzte die gute Laune unseres Quartierwirtes und bat ihn, uns doch mal zur Abwechslung statt der ewigen Milch Heringe vorzusetzen. Er sagte auch wirklich zu, doch mühten wir die Fische selbst zuzubereiten. Das versprochen wir gern.

Am anderen Abend leg er uns fünf Serringe vor mit dem Bemerkten, daß diese auch für ihn und seine Leute, also insgesamt zehn Personen, bestimmt seien. Flugs machten wir uns darüber her, wuschen, häuteten sie und zerteilten dann, auf des Müllers Geheiß, jeden in mehrere Stücke. Die schönsten Mittelstücke legte ich aber, kurz entschlossen, auf die Bank und stülpte als Tarnkappe einen Helm darüber. Kopfschüttelnd und brummend nahm dann der Müller so ziemlich die Hälfte für sich und seine Leute weg, während wir schmunzelnd ein Stückchen nach dem anderen unterm Helm herborholten.

Am Sonnabendnachmittag nach dem Appell erschienen unerwartet unser Hauptmann mit Hauptmann Schaunod von der dritten Kompanie und erkundigte sich beim Müller, ob der Mühlbach Krebsse enthalte, sie wünschten sich schließlich einmal eine gute Krebsuppe auf den Tisch. Als dies bejaht wurde, meinte der Hauptmann: „Schön, aber wie fängt man die?“

„Na, das ist ganz einfach, abends laß ich 's Wasser ab, da kommen dann die Krebsse aus den Löchern raus und in der Früh kann man sie dann auflesen!“

„Famos! Also gut, dann komme ich morgen nach dem Appell mit meinem Wurschen heraus und lasse die Krebsse einsammeln.“

Abends, als wieder die ominöse Milch auf dem Tisch erschien, packte uns wieder mal die Sehnsucht nach etwas anderem. Unwillkürlich kam die Sprache auf den morgigen Krebsfang. Verzeihlichlich ver sprach uns der Müller, einen Teil von der Beute abzulassen.

folwie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Sonntag, Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1912, 1911, 1910).

Die Verwaltungen der Zählstellen in Apolda, Dessau und Weissenfels haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtskarten nicht eingelefert.

Im abgelaufenen zweiten Quartal wurden von den 145 berichtenden Zählstellen insgesamt 3843 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 67 610 Arbeitslosentagen gemeldet.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit nach dem Verhältnis der gemeldeten Fälle zu den ge-

Am Sonntag früh zwischen 6 und 7 Uhr suchten wir das jetzt trockene Flutbett, mit allerlei Gefäßen bewaffnet, ab und hatten bald, ganz wie es der Müller vorausgesagt hatte, einen großen Eimer bis an den Rand gefüllt mit den begehrenden Krustentieren.

Um 9 Uhr rief der Müller zum Frühstück, und freudig siefen wir, der Sergeant natürlich mit, über die schönen, jetzt hochrot gefärbten Krebsse her.

Als der Sergeant sich nach den Krebsen für die Hauptleute erkundigte, wurde ihm die niederjchmetende Auskunft erteilt, daß wir alles aufgefressen hätten.

Mit vollem Magen, aber schlechtem Gewissen tröteten wir dann zum Stiefel- und Gewehrappell.

„Nun, Sergant, hat Ihr Müller das Wasser abgelassen?“

„Ja wohl, Herr Hauptmann!“ „Freut mich! Ah, da kommt ja Hauptmann Schannod, Morgen, morgen! Kommen Sie, Schannod, wir wollen nach der Mühle runter und unsere Krebsse holen! Leutnant Spritt, lassen Sie dann die Reute wegtreten!“

Eporenkürens entfernten sich die Offiziere, gefolgt von ihnen mit Handkörben ausgerüsteten Burtschen.

„Teufel nochmal,“ murte der Sergeant, „das kann gut werden.“

Gleich darauf konnten wir wegtreten, für mich hing aber die Sache an grüßelig zu werden. Das Gewehr in der einen, die Langschäfte in der anderen

zählten Arbeitslosentagen berechnet, ergibt im zweiten Quartal für jeden Fall von Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 17,8 Arbeitslosentage. In dieser Beziehung ist gegenüber dem ersten Quartal mit durchschnittlich 17,9 Arbeitslosentagen wohl eine geringe Besserung, gegenüber den gleichen Quartalen der drei Vorjahre mit durchschnittlich je 16,3, 14,1 und 14,5 Arbeitslosentagen jedoch eine ständige Zunahme in der Dauer der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, während der hohe Stand des Jahres 1909 mit durchschnittlich 18,8 Arbeitslosentagen auch jetzt noch nicht erreicht ist.

Table with columns: Quartal und Jahr, Zahl der gemeldeten Fälle von Arbeitslosigkeit, Auf je 100 Mitgl. gemeldet, Zahl der gezahlten Arbeitslosentage, Durchschnittliche famen Arbeitslosentage auf 1 Fall von Arbeitslosigkeit.

Table with columns: Quartal und Jahr, Zahl der Arbeitslosenunterstützung am Orte, Auf je 100 Mitgl. gezahlt, Durchschnittliche famen Arbeitslosentage auf 1 Fall von Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosenunterstützung am Orte haben im zweiten Quartal insgesamt 1862 Mitglieder für 36 753 Tage zusammen 51 977,47 Mt. bezogen, und zwar 1163 männliche Mitglieder für 24 051 Tage 36 535,92 Mt. und 699 weibliche Mitglieder für 12 702 Tage 15 391,55 Mt.

Außerdem wurde an auf der Reife befindliche Mitglieder noch für 4069 Tage 3902,11 Mt. Unterstützung gezahlt, so daß insgesamt im zweiten Quartal für 40 812 Tage 55 879,58 Mt. an Arbeitslosenunterstützung zu zahlen waren.

Die Zahl der unterstützten Personen wie auch die Zahl der Unterstützungstage ist im ganzen genommen gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres eine etwas geringere, während die zur Auszahlung gelangte Unterstützungssumme bedeutend höher ist.

Hand, kaufte ich los, erreichte auch noch glücklich vor den Hauptleuten die Mühle und hatte gerade die letzten roten Krebsköpfe unter den Steinen hervor-

„Na? ... Sie suchen wohl die Krebsse zusammen?“

„Meine Antwort: „Ich sehe keine, Herr Hauptmann!“ Ichien die gute Laune des Gestrirnen sichtlich zu verderben.

Widerwillig, polternd und spudend erschien endlich der Katte.

„Hören Sie mal, Herr Müller, ich denke, die Krebsse laufen frei herum, aber da ist ja nicht einer zu sehen!“

„Ja, da sin se eben noch in die Löcher drin und müssen rausgeholt wern, sehens, ja!“ meinte unser Breußenfeld, lange hinter eine Baumwurzel und holte wirklich zur Freude des Hauptmannes einen Krebs, wenn auch kleinerer Kalibers, aus dem Loch heraus.

In neuer Hoffnung auf die heißbegehrte Krebssuppe versprachen die Hauptleute ihren Burtschen für jeden Krebs 2 Pfennig Fanggeld.

Das Fanggeld werden sie wohl schwerlich erhalten haben, denn ganze zwei Stück, von denen der eine übrigens kein Lebenszeichen mehr von sich gab, waren das Resultat eines stundenlangen Suchens.

Sachend rieb sich der Müller die Hände und beim Mittagessen meinte er zum Sergeanten, als dieser sich schuld beladen in den Haaren kratzte: „Den Krebschen tanns gleich sein, von wem se gegessen wern!“

Drei Tage darauf nahmen wir Abschied. Die Wanders zogen sich mehr nördlich in die Gegend von Trebsa und Biegenhain.

Viele Jahre sind seitdem vergangen, aber immer blieben mir in angenehmer Erinnerung die kurpfelstischen Manövertreiben.

J. L.—Zena.

Nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die in den einzelnen Quartalen ermittelten Ziffern:

Table with columns: Quartal und Jahr, Zahl der unterstützten Personen am Ort (männl., weibl.), Unterstütuungstage am Ort (männl., weibl.), Summe d. a. d. Arbeitslos. a. Ort gezahlt, Unterstütuung (männl., weibl., gesamt).

Bringt man von der Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen Fälle und der Arbeitslosentage die Zahl der unterstützten Personen und der Unterstützungstage in Abzug, so findet man, daß im abgelaufenen zweiten Quartal den 3843 gezählten Fällen von Arbeitslosigkeit mit zusammen 67 610 Arbeitslosentagen nur 1862 unterstützte Personen mit zusammen 36 753 Unterstützungstagen gegenüberstehen.

Table with columns: Quartal und Jahr, Zahl der Arbeitslosentage am Ort insgesamt, Unterstütuungstage a. Ort, Demnach Arbeitslosentage ohne Unterstütuung, Von je 100 Arbeitslosentagen waren mit Unterstütuung, ohne Unterstütuung.

Auf die gesamte Mitgliederzahl umgerechnet ergibt sich, daß im zweiten Quartal durchschnittlich auf jedes Mitglied 2,0 Tage Arbeitslosigkeit entfallen, sowie daß an jedes Mitglied durchschnittlich 1,53 Mt. Arbeitslosenunterstützung zu zahlen war, und zwar an jedes männliche Mitglied durchschnittlich 2,15 Mt. und an jedes weibliche Mitglied durchschnittlich 0,90 Mt.

Table with columns: Quartal und Jahr, Fälle von Arbeitslosigkeit, Arbeitslosentage (männl., weibl., gesamt), Im Durchschnitt entfielen auf jedes Mitglied (männl., weibl., gesamt, 1910 m. u. w. auf).

Wir geben nun noch eine Uebersicht über die an auf der Reise befindliche Mitglieder gezahlte Unterstützung, sowie die dabei gezahlten Unterstützungen. Die Zahl der dabei unterstützten Personen läßt sich aus den Berichtskarten nicht feststellen, weil in den verschiedenen Jahrestellen immer wieder die gleichen Reisenden sich melden.

Quartal und Jahr	Zahl der Unterstützungstage		Gezahlte Unterstützung			
	bei männlichen Reisenden Tage	bei weiblichen Reisenden Tage	an männl. Reisende 1912	an weibl. Reisende 1913	an männl. und weibl. Reisende 1911	an männl. und weibl. Reisende 1912
1. Quartal 1912	2007	51	1896	46	2042	
2. " "	3982	61	3972	69	3236	
3. " "	5102	62	5060	56	5507	
4. " "	2213	98	2264	77	2636	
1. Quartal 1913	2047	97	1998	81		
2. " "	3920	180	3794	108		

Bericht der außerordentlichen Generalversammlung der Zentralkranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige,

abgehalten in Leipzig vom 7. bis 9. Juli 1913.
Zur Generalversammlung waren 47 Abgeordnete aus 28 Wahlabteilungen gewählt und erschienen, ferner die Kollegen Brandmair und Städter vom Zentralvorstand und Kollege Wähler vom Ausschuss.

Kollege Brandmair eröffnet die außerordentliche Generalversammlung und heißt die Erschienenen herzlich willkommen, ihnen zu erster Arbeit guten Erfolg wünschend. Er ernimmt den Kollegen Wölle in Berlin als ältesten Abgeordneten zur provisorischen Leitung und Vornahme der Bureauwahl.

Wölle beruft zu seiner Unterstützung den Abgeordneten J. Hofmann-Berlin.

Die Bureauwahl ergibt Schneider-Berlin und Wölle-Leipzig als Vorsitzende mit gleichen Rechten.

Als Schriftführer werden gewählt Pfüke-Chemnitz, Hofmann-Berlin und Föst-Leipzig. Die Verwaltung Leipzig stellt außerdem den Kollegen Liedeman als Schriftführer.

Die Mandatsprüfungskommission bilden die Kollegen Hinz-Berlin, Scheffel-Offenbach und Glah-Stuttgart.

Die Prüfung der Mandate ergibt, daß alle für gültig zu erklären sind, da Proteste nicht vorliegen. An Stelle des erkrankten Kollegen Hüßle-Leipzig ist der Kollege Hüßler-Leipzig erschienen.

Zu die Rechnungscommission werden gewählt die Kollegen: Wölle-Leipzig, Hofmann-Berlin und Schröter-Leipzig.

Die Tagesordnung lautet:

1. Wahl einer Mandatsprüfungskommission;
2. Bericht der ersten und Beschlußfassung über deren Anträge;
3. Aussprache und Beschlußfassung über die Abänderung des Statuts entsprechend dem Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. Dezember 1911 und über Anpassung der Satzungen nach den §§ 503 ff. der Reichsversicherungsordnung als Ersatzklasse;
4. Beratung und Beschlußfassung der hierzu gestellten Anträge;
5. Wahl eines Aufsichtsrates;
6. Allgemeine Anträge;
7. Verschiedenes.

Als Punkt 1 und 2 ihre Erledigung gefunden, wird auf Vorschlag Schneider in eine Generaldebatte eingetreten über die Frage: „Ob Ersatz- und Zuschußklasse oder ob nur Zuschußklasse“.

Mehr als auf früheren Generalversammlungen war diesmal eine Stimmung vorhanden, die Kasse in eine Zuschußklasse umzuwandeln. Die Redner führten aus, daß die Ärzte- und Apothekerfrage unaufgelöst wird, Zuschußklasse zu werden, daß wir viel Zustrom von älteren Kollegen zu verzeichnen haben werden und daß, wenn wir eine Ersatzklasse bilden, vielerlei gesetzliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, z. B. die Meldungen manche Unannehmlichkeiten mit sich bringen, sowie daß die Pringi-

pale nun auch das Drittel für die einfach Versicherten zu tragen haben, dieses Drittel aber der Ortskasse zufalle. Auch die irrationelle Auffassung, daß die Einfachversicherten der Kasse mehr Aufkosten verursachen, wurde ins Feld geführt und da 1/4 der Mitglieder unsere Kasse an sich schon als Zuschußklasse betrachteten, wäre es am besten, von der Ersatzklasse mit ihren gesetzlichen Schwierigkeiten abzusehen.

Die Anführer für Ersatz- und Zuschußklasse führten aus, daß die Hilfskassen schon manche Schwierigkeit überwunden hätten und so solle man auch auf dieser Generalversammlung keine Verzweiflung aufkommen lassen. Wenn wir heute auf Ersatzklasse verzichten, so begeben wir uns eines Rechtes, daß wir nie wieder erhalten würden. Und uns dieses Rechtes zu begeben, ohne den Versuch gemacht zu haben, sei doch unerwünscht. Die Arzt- und Apothekerverträge sollten für uns kein Anlaß sein. Auch die Furcht, daß wir einen starken Zustrom von älteren Kollegen erhalten, dürfte für uns keine Veranlassung bilden.

An sachlichen Gründen für Ersatzklasse fehle es aber auch nicht, denn würden wir Zuschußklasse beschließen, so schädigen wir eine immerhin beachtliche Anzahl jetziger Mitglieder, die wir in den Kreisen der Heimarbeit und der selbständigen Erfindungen finden. Aber auch bei eintretender Arbeitslosigkeit, wovon alle Mitglieder betroffen werden können, sei die Ersatzklasse vonnöten, weil dann der Arbeitsloste meist der hohen Beiträge wegen die Ortskasse fallen lassen muß, während er in dem Falle in unserer Kasse von der Zuschußklasse in die Ersatzklasse übertreten könne. Diese Argumente verhielten denn auch ihre Wirkung nicht. Mit 35 gegen 12 Stimmen wurde beschlossen, Ersatzklasse und Zuschußklasse zu bilden.

Kollege Zinke gibt bekannt, daß von der Aufsichtsbörse erst am heutigen Morgen die Entwürfe mit vielen Abänderungen zurückgekommen seien, so daß der Zentralvorstand noch nicht in der Lage war, zu prüfen, inwieweit diese Vänderungen von einschneidender Bedeutung sind.

Die Generalversammlung ernimmt eine neungliedrige Kommission zum Zwecke der Ausarbeitung einer neuen Vorlage. Die Kommission erhält zugleich den Auftrag, soweit als angängig die gestellten Anträge in die neue Vorlage einzuarbeiten. In die Kommission werden gewählt: Marten-Leipzig, Zins-Berlin, Bauer-Kürnberg, Franzen-Berlin, Stanowsh-Berlin, Brumme-Dresden, Kelle-Hamburg, Hahn-Megensburg und Keller-Offenbach.

Zinke schlägt vor, heute 1/4 Uhr die Sitzung aufzuheben und auf Dienstag morgen 11 Uhr zu verlagern, um der Kommission Zeit zur Arbeit zu lassen und die neue Vorlage bis dahin druckfertig den Abgeordneten vorlegen zu können. Der Vorschlag findet Annahme mit dem Zusatz, daß Dienstag die Tagungszeit von 11 bis 7 Uhr abends währt.

Am zweiten Verhandlungstage, Dienstag, ist um 11 Uhr die neue Vorlage noch nicht aus der Druckerei eingegangen. Es wird in die Beratung des Antrags Berlin eingetreten, einen Aufsichtsrat von 5 Personen zu wählen und den Sitz des Aufsichtsrats nach Berlin zu verlegen.

Dieser Antrag findet einstimmige Annahme und werden in den Aufsichtsrat gewählt mit je 46 Stimmen: Wähler, A. Schneider, Tilgner, Wölle und Weinschild.

Als Ersatzmänner: Kelle, Becker, Krause, Schmor und Hauptmann.

Folgende wichtige Anträge werden einstimmig angenommen:

1. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, Vänderungen, welche die Aufsichtsbörse vor der Genehmigung der Satzungen oder das Reichsversicherungsamt vor Zulassung der Kasse als Ersatzklasse verlangt, im Einvernehmen mit dem Vorstand vorzunehmen.
2. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand der Kasse, beim Bundesrat zu beantragen, daß dem Vorstand das Recht erteilt wird, die gemäß dem § 519 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung evtl. zu stellenden Anträge für das Mitglied zu stellen.
3. Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, beim Bundesrat den Antrag zu stellen, das Drittel der Unternehmerbeiträge für die Kasse in Anspruch nehmen zu können, soweit dieses den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Die Leipziger Delegierten beantragen: „für die Kasse einen dritten Beamten anzu-

stellen.“ Dieser Antrag entfesselt eine lebhafteste Debatte. Die Mehrzahl der Delegierten ist mit einer dritten Anstellung einverstanden und erklärt sich bereit, die Wahl schon auf der Generalversammlung vorzunehmen, andere Redner treten dafür ein, die Stelle auszuscheiden. Ein Antrag, eine sieben-gliedrige Kommission zu wählen, findet Annahme. Diese soll nochmals alle einschlägigen Verhältnisse prüfen und die Anstellungsbedingungen festlegen. In diese Kommission werden gewählt: Kelle-Berlin, Leise-Göttingen, Falke-Offenbach, Hahn-Megensburg, Herzog-Dannover, Bergmann-Leipzig, Kelle-Hamburg.

Die Generalversammlung schlägt Zinke und Marten-Leipzig zur Wahl des dritten Beamten der Kommission vor.

Kunze liegt die neue Vorlage gedruckt vor und erstattet Marten im Auftrage der Kommission Bericht. Die Kommission habe den Mittelweg eingeschlagen. Der Berliner Antrag sei abgelehnt worden, weil er in seinen Unterstützungsätzen zu niedrig gehalten war, die in der alten Vorlage enthaltenen Sätze des Zentralvorstandes seien der Kommission als zu hoch erschienen. Die gestellten Anträge sind, soweit das möglich war, in die neue Vorlage eingearbeitet, dem Antrag Berlin, nur neun Klassen zu bilden, habe man angenommen.

Die Beratung der Vorlage geschieht nun paragraphenweise.

Eine rege Debatte setzt ein beim § 8 Abs. 2.

Die Berliner Delegierten vertreten wiederholt ihre Vorlage, diese damit begründend, daß diese Sätze dem Privatversicherungs-gesetz entsprechen, während die Sätze der Kommission zu hoch seien und wohl kaum Aussicht haben dürften, Genehmigung zu finden.

Reich-Wölle beantragt, die gestrichene Klasse wieder einzuführen als 7. Klasse, Beitrag 30 Pf., Unterstützung 8,40 Mk. pro Woche. Nach reichlicher Aussprache wird der § 8 Abs. 2 mit dem Antrag Reich angenommen.

§ 9 Abs. 4 wird nach lebhafter Debatte angenommen, nachdem Städter und Zinke dazu die vom Zentralvorstand jetzt gehandhabte Auslegung auch für die fernere Zeit als maßgebend erachten.

Es werden an der Vorlage noch eine Reihe Vänderungen meist redaktioneller Art vorgenommen und dann die Gesamtvorlage mit den Abänderungen einstimmig angenommen. Danach ist die Höhe des Beitrags und des Krankengeldes wie folgt festgesetzt:

Abteilung A. Ersatzklasse:		Abteilung B. Zuschußklasse:	
Beitrag	Krankenhilfe	Beitrag	Krankenhilfe
	pro Tag		pro Woche
Klasse 1 30 Pf.	1,05 Mk. =	Klasse 7 30 Pf.	1,40 Mk. =
" 2 45 "	1,60 " =	" 8 45 "	2,10 " =
" 3 55 "	1,95 " =	" 9 50 "	2,35 " =
" 4 60 "	2,15 " =	" 10 55 "	2,55 " =
" 5 75 "	2,70 " =		
" 6 90 "	3,20 " =		

Kelle-Hamburg berichtet im Auftrage der Siebenerkommission. Diese empfiehlt warm die Wahl Zinke-Leipzig und unterbreitet folgende Resolution:

„Nachdem die Generalversammlung in Anbetracht der Arbeitsüberbürdung der beiden angestellten Beamten, welche durch die Krankensicherungs-gesetzgebung noch ganz besonders gesteigert worden ist, beschlossen hat, einen dritten Beamten anzustellen, empfiehlt die Siebenerkommission der Generalversammlung, hierzu den Kollegen Zinke-Leipzig zu wählen.“

Das Anfangsgehalt soll betragen 2500 Mk., steigend um jährlich 100 Mk., bis zum Höchstgehalt von 3000 Mk. Die erstmalige Steigerung erfolgt am 1. Januar 1914.

Ferner übernimmt die Kasse die Zahlung der Beiträge für die Angestelltenversicherung ganz und die Hälfte der Beiträge für den Verein Arbeiterpresse sowie der Invalidenbeiträge und Gewährung eines Sommerurlaubs. In Krankheitsfällen Fortzahlung des Gehaltes bis zu 26 Wochen.

Die Kommission empfiehlt weiter, zu beschließen: Der Zentralvorstand wird beauftragt, für eine den erhöhten Arbeitsansprüchen und der Neuzeit entsprechende Bureaueinrichtung zu sorgen, da die zurzeit vorhandene keineswegs einer modernen Verwaltungseinrichtung entspricht.“

Melle, Falte, Bergmann, Leiche, Gaun, Meßlag, Herzog, Bergmann und Herzog waren in der Kommission, erklären, daß es ihnen lieber sei, wenn Zinke auf seinem bisherigen verantwortungsvollen Posten belassen würde, so gerne sie sonst den Kollegen für die Kasse empfehlen würden. Mit der Gehaltsregulierung könnten sie sich nicht einverstanden erklären, weil der neu anzustellende Beamte dann zum Teil höher im Gehalte stehen würde, als die seit langen Jahren im Amte stehenden Beamten.

Melle erwidert, daß die Regelung der Gehälter unserer bisherigen Beamten nicht Sache der Kommission sein konnte, das müsse der Generalversammlung überlassen bleiben. Nach längerer Debatte beschließt die Generalversammlung: Allen Beamten 3 Wochen Ferien, den bisherigen Beamten eine jährliche Teuerungszulage von 100 M. ab 1913 und im Erkrankungsfalle Fortzahlung des Gehalts auf 26 Wochen zu bewilligen.

Die Wahl ergibt: Von 45 abgegebenen Stimmen erhält: Zinke 39, Radtke 4 und 2 weiß abgegebene Stimmen.

Zinke dankt für die Wahl und nimmt an. In bewegten Worten schildert er, daß es ihm schwer gefallen sei, sich für Annahme zu entscheiden, da er eine Stellung dadurch aufgeben müsse, in der er mit Lust und Liebe gearbeitet habe und bestrbt gewesen sei, mit aller Hingabe seine Pflicht für die Allgemeinheit zu erfüllen.

Der Vorsitzende Schneider recapituliert die von der Generalversammlung geleistete Arbeit und meint, daß diese Generalversammlung eine der wichtigsten in der Geschichte der Kasse sein dürfte.

Er wünscht, daß die beratenen und beschlossenen Statuten zum Wohle der Kasse führen mögen und möglichst wenige Änderungen bei der Aufsichtsbehörde erfordern.

Meßlag-Berlin dankt den Leipziger Kollegen für ihre gehaltenen Mahnwaltungen.

Es wird noch beschlossen, das Protokoll in Separatdruck herstellen zu lassen. Um die Verwaltungen zu können, werden die Verwaltungen ersucht, ihren Bedarf dem Zentralratstand bekanntzugeben.

Schneider wünscht allen Delegierten eine glückliche Heimreise, dankt allen für ihre ruhige sachliche Mitarbeit und schließt hierauf die außerordentliche Generalversammlung. G. P.

Die Zukunft der Zentralkrankenkasse.

Unter dieser Ueberschrift stellt Kollege A. G. aus Düsseldorf in Nr. 28 der „Buchbinderzeitung“ die irreführende und falsche Behauptung auf, daß die Kassennmitglieder, welche die Kasse als Erzielklasse benutzen, erheblich größere Anforderungen an die Kasse stellen als die Mitglieder, die die Kasse als Zuschußklasse in Anspruch nehmen. Kollege A. G. folgert daraus, daß es sich aus diesem Grunde empfiehlt, die Kasse sofort in eine Zuschußklasse umzuwandeln. Und damit würde er auch nicht Unrecht haben, wenn nicht zufällig das gerade Gegenteil von dem richtig wäre, was Kollege A. G. behauptet hat. Die Kasse hatte am Jahresluß nicht 1577 einfach versicherte Mitglieder, wie A. G. angibt, sondern deren 2442, da die 865 nichtversicherungspflichtigen Mitglieder doch gleichfalls einfach versichert sind und deshalb selbstverständlich bei der Berechnung nicht außer acht gelassen werden dürfen, wie das Kollege A. G. getan hat. Bei Berücksichtigung der richtigen Zahlen ergibt sich dann das folgende Exemplar: 8573 doppelt versicherte Mitglieder erhielten im Jahre 1912 165388,22 M. Unterstützung nach § 10 Abs. 2 oder pro steuerndes Mitglied 19,29 M., 2442 einfach versicherte Mitglieder erhielten dagegen 20739,53 M. Krankengeld nach § 10 Abs. 1, 4182,50 M. Krankenhauskosten, 587,98 M. Unterstützung nach § 10 Abs. 4 und 5, 9020,59 M. für Arztkosten und 6105,44 M. für Arznei, in Summa 40636,04 M. oder pro steuerndes Mitglied 16,64 M., also 2,65 M. weniger als die doppelt Versicherten. Wenn Kollege A. G. sich nun die Mühe machen und die richtigen Zahlen einer Nachprüfung unterziehen will, wird er einsehen müssen, daß er sich im Irrtum befunden und seine Schlussfolgerungen deshalb falsch sein mußten. G. Z.

Die Konstanzer Versammlung und die Christlichen!

In dem Bericht der Konstanzer Versammlung in Nr. 29 unserer Zeitung ist ein kurzer Artikel des dortigen Zentrumsblattes der Nr. 172 enthalten. Würde mit diesem Artikel die „interessante sozialdemokratische“ Buchbinder-Versammlung ihre Erledigung gefunden haben, so würde man sagen können: na, die Christlichen waren einmal anständige Kerle. Das die Erde kam aber nach! Die Christlichen hatten sich erst später auf ihre Wut besonnen, die sie drei Tage nachher in Nr. 175 in demselben Blatte und etwas freier in den „Graphischen Stimmen“ verpafften.

Die „freie“ Gewerkschaft — die christliche! so lautete der Christen Schlachtruf. In diesem Artikel leisteten die Christlichen persönliche Verunglimpfungen, die jeden anständigen Menschen abstießen müßten. Und schwindeln können die Brüder in Christo, daß sich die Balken biegen.

Wie war nun der Verlauf der Versammlung? Das Referat des Kollegen Pfüge wurde selbst von den christlichen Sprechern als gewerkschaftlich sehr sachlich gehalten bezeichnet. In der Debatte wurde von den Christlichen auf das Referat gar nicht eingegangen, obwohl das für die Berufsangehörigen doch das wichtigste gewesen wäre, denn die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in Konstanz so erbärmlich schlecht, daß es sich schon gelohnt hätte, Mittel und Wege zu beraten, um eine Besserung anzustreben. Doch was kümmert das die Handvoll christlicher Buchbinder; diese befinden sich zum Teil in Stellungen, in denen sie eine Besserung erlangen, die ihnen gestattet, den egoistischen Standpunkt einzunehmen: „wir haben unser Teil“. So wurde denn nur das Trennende hervorgehoben, zum Nachteil der Kollegenchaft. Was konnten nun diese wackeren Vertreter der „Wahrheit“ dem Deutschen Buchbinder-Verbande Hebles nachreden?

Da war es ein Pfingstartikel, der die christliche Lehre beschimpft haben soll, ein weiterer Artikel, mit E. K. gezeichnet, der dem Verbandsvorsitzenden zur Last gelegt wird, ufm. Der übliche Terrorismus der freien Gewerkschaften mußte herhalten ufm.

Als hierauf einer unserer Kollegen schilderte, wie gerade die Konstanzer Christlichen Terrorismus und Unbuddsamkeit verübten, indem sie versuchten, dem Buchbinder-Verbande angehörende Kollegen aus ihren Stellen zu bringen, da fanden die Christlichen auf diese Anschuldigungen kein Wort der Abwehr, trotz wiederholter Mahnung.

Und als Pfüge nachdies, daß, wenn Herr Giering der Wahrheit die Ehre geben wolle, er zugeben müsse, daß sein Uebertritt zu den Christlichen in seiner Weise durch unsere Kollegen veranlaßt sei, sondern nach seinem eigenen Geständnis er von seinen Glaubensgenossen und anderen Gewerkschaftlern dazu veranlaßt worden sei, so mußte er das zugeben. Wenn G. nun noch die angeführten Artikel vorschübe, so sei zu erwidern, daß die Buchbinderzeitung die Anschauung der Mehrzahl der Berufsangehörigen vertrete. Das betrachten die Christlichen nach ihrer Berichterstattung als ein höchliches Zugeständnis, welches sie sich für die Zukunft merken wollen. Dagegen haben wir nichts einzuwenden, nur müssen wir hier die Christlichen ermahnen, auch die volle Wahrheit zu sagen und nicht wie im Bericht den wesentlichen Zusatz ihren Lesern zu unterschlagen.

Pfüge jagte: „Die Buchbinderzeitung vertrete den Standpunkt der Mehrzahl der Mitglieder.“ Das schließe aber nicht aus, daß wenn ein Kollege mit der Haltung unserer Zeitung nicht einverstanden sei, er in der „Buchbinderzeitung“ das Wort zur Entgegnung nehmen könne. Darin unterscheiden wir freien Gewerkschaften und wesentlich von den Christlichen, denn bei ihnen ist das unmöglich.“

Danach sprach der Arbeitersekretär Witz-Singen dreiviertel Stunden ungehindert, wie wir betonen wollen. Ein Beweis dafür, wie tolerant wir waren. Auch er sprach nicht zum Thema, sondern nur wendend für den christlichen Verband, die bestehenden Gegensätze der freien und christlichen Gewerkschaften hervorhebend. Neues hat uns damit Herr Witz nicht geboten. Auch haben wir davon nichts verpißt, wie berichtet wird, daß wir unser „Zeit weggenommen hätten“, und auch nichts von den „bernichenden Keulenschlägern“, die Witz gegen die

„Freien“ geführt haben soll. Auch die Versammlungsteilnehmer scheinen nicht tief von den Ausführungen W. S. berührt worden zu sein, denn der Erfolg an neuen Mitgliedern war ja auf unserer Seite.

Kollege Lange-Dresden, der in der Versammlung anwesend war und sich an der Diskussion beteiligte, sprach wieder zum eigentlichen Thema und wies verschiedene Angriffe in der ihm eigenen Ruhe und Sachlichkeit zurück. Die Berichterstattung sagt Lange nach, er habe nur „solle Kamellen“ zum Vortrag gebracht. Aber liebe Brüder in Christo, diese Eute Berichterstattung stimmt recht wenig mit Eurem Verhalten in der Versammlung überein. Denn als Lange gelebt, erhoben sich nämlich wie auf Kommando alle etwa 30 Anwesenden vom Graphischen Kartell und wollten abdrücken, ohne das Schlusswort des Referenten anzuhören. Als Pfüge die Christlichen ob ihrer feigen Ausreißerei festnagelte, meinten die Herren verlegen, das Schlusswort sei doch gesprochen, bequemen sich aber doch, die schon in der Hand gehaltene Türklinte loszulassen und das Schlusswort anzuhören, nachdem Pfüge gesprochen hatte, in einer Viertelstunde, also um 12 Uhr, fertig zu sein.

Was hat nun der Christlichen zu ihren Wutausbrüchen Veranlassung gegeben? Wenn nicht angeborene oder anerzogene Verleumdungssucht zugrunde liegt, was wir bei „Christlichen“ kaum anzunehmen uns erdreisten, so kann die Ursache nur die sein, Pfüge hat durch sein sachliches, ruhiges Auftreten die Schnarzen in ihr noch schwärzeres Herz getroffen. Denn ausgegeben ist, daß das Referat rein sachlich gehalten war, bleibt also nur die Diskussion. Und da hat P. mehrfach Veranlassung nehmen müssen, die Christlichen zu ermahnen, bei der Wahrheit zu bleiben, hat ihnen Vorhaltungen gemacht, wenn die Christlichen durch Brüllerei versuchten, Redner am Sprechen zu verhindern, und ihnen gezeigt, wie doch die freien Gewerkschaften den Christlichen in der freien Meinungsäußerung weit überlegen sind. Das sind die Gründe der häßlichen Berichterstattung, um die wir sie nicht beneiden. Denn wer mit solchen unsäuerlichen Mitteln eine Sache vertreten muß, der ist sich innerlich bewußt, wie faul es um seine Sache steht.

Es würde zu weit führen, den gesamten Artikel zum Abdruck zu bringen. Zur Belustigung unserer Leser lassen wir aber einige der markantesten Stellen hier folgen.

„Ein edler Sachse — Pfüge mit Namen — konnte nicht aus seiner Haut und verbreitete unter den Seehafen ein recht trübes, armseeliges Licht.“

„Weil man in dem schönen Konstanz nicht leicht in eine Pfüge fallen kann, außer man betrachtet den Bodensee als solche, fiel Herr Pfüge in Konstanz rein.“

„In marktstreiterischer Weise hatte der „freie“ Buchbinder-Verband eine Werbewersammlung angeknüpft, in der ein heller Sachse die Seehafen einfangen wollte.“

„Nach einem schätzbareren Bericht des Gauleiters, der pflichtgemäß ein hohes Loblied auf den freien Buchbinder-Verband anstimmte, kam die Diskussion, die für den freien Verband einen geradezu blamablen Verlauf nahm.“

Und so geht das Geschmar weiter.

Kollegen! Wer nötig hat, mit solch schmutzigen Waffen seine Sache zu verteidigen, der ist tief gefallen. Wenn man nun weiß, mit welcher Niederträchtigkeit, elender Gesellschaft man zu tun hat, so ist in solchen Orten wie Konstanz für die Zukunft zu empfehlen, an unseren Versammlungen, soweit diese als öffentliche abgehalten werden, nur Berufsangehörige teilnehmen zu lassen. Es ist keineswegs Freiheit, wenn wir diese Taktik an den Tag legen, sondern Diplomatie, denn die Christlichen bemühen unsere Versammlungen nur, um ihre traurige Berühmtheit zu erweitern. Entziehen wir dieser Gesellschaft den Nährboden, lassen wir sie unter sich, denn sie ist uns an Schlichkeit bei weitem überlegen.

Weitere Versammlungen, in denen Pfüge über das gleiche Thema wie in Karlsruhe bzw. in Konstanz referierte, fanden noch statt am 30. Juni in Freiburg, 1. Juli in Bad, 2. Juli in Karlsruhe und am 3. Juli in Offenbach a. M. Da über einige dieser Versammlungen schon besonders berichtet wurde, sei hier nur noch erwähnt, daß in allen Versammlungen der Verlauf ein guter war, der Besuch jedoch ein noch besserer hätte sein dürfen.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland:**
 Breslau (Firma M. Kragen u. Co.).
 Sagen i. B. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).
 Frankfurt a. M. (Etnisarbeiter).
 Hanau (Etnisarbeiter).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

- Deutschland:**
 Braunschweig.
 Dortmund.
 Dresden (Prägereiarbeiter und Arbeiterinnen).

Österreich:
 Aisch i. B. (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).

Rumänien. (Infolge angedrohter Aus-sperrung.)

- Schweiz:**
 Chur-Davos (Buchbinder).
 Luzern (Buchbinder).
 Lausanne (Buchbinder).

Achtung, Prägereiarbeiter und Arbeiterinnen!

In Dresden und Umgegend haben die Arbeiter der Plakatprägereien den bestehenden Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf eingereicht. Ein Teil der Prinzipale ist anscheinend nicht geneigt, die Forderungen wohlwollend zu berücksichtigen. Außer Nichtbeantwortung des in der höflichsten Form gehaltenen Schreibens der Tarifkommission hat man schon jetzt mit Entlassungen gedroht resp. Kündigungen ausgesprochen, teilweise wird auch den Arbeitern gegenüber eine verletzende Nichtachtung an den Tag gelegt. Es ist anzunehmen, daß größere Differenzen entstehen und die Unternehmer anderweitig Arbeitskräfte anlocken werden, deshalb erwartet die Organisation von allen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie auf der Hut sind und vor Arbeitsannahme nach Dresden und Umgegend genaue Erkundigungen einziehen beim Bevollmächtigten: Dresden-Alttadt, Kaufbachstr. 16.

Hanau a. M. Am 7. Juli nahmen die Hanauer Etnisarbeiter in einer überaus stark besuchten Versammlung Stellung zu dem Antwortschreiben der Etnisfabrikanten. Kollege Weg, Frankfurt a. M., schilderte in seinem Referat, daß die an die Etnisfabrikanten eingereichten Forderungen nicht höher, sondern in manchen Punkten sogar noch niedriger gehalten sind als die im Jahre 1910 gestellten Forderungen. Weiter hob Weg hervor, daß vor drei Jahren trotz der höheren Forderungen die Fabrikanten mit der Organisation verhandelten. Heute lehnen sie dagegen jede Verhandlung mit der Organisation ab, wie aus dem folgenden Antwortschreiben ersichtlich ist:

Auf das Schreiben des Herrn Bürgermeisters vom 6. Mai bezüglich Abänderungsanträge zu der Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Etnisbranche in Hanau erwidern wir ergebenst, daß in der Sache eine Verammlung der Hanauer Etnisfabrikanten stattgefunden hat. Es wurde festgestellt, daß die bestehenden Vereinbarungen vor drei Jahren durch weitgehendstes Entgegenkommen der Fabrikanten zustande gekommen sind und so außerordentliche Lohn erhöhungen gebracht haben, daß dieselben heute noch schwer auf den in Betracht kommenden Betrieben lasten. Eine erneute Lohnhöhung, wie solche von dem Buchbinderverband gefordert wird, würde die Existenz der in Frage kommenden Fabrikanten untergraben und ist auch in keiner Weise gerechtfertigt. Wir lehnen es daher ganz entschieden ab, auf Grund derartig enormer Forderungen mit dem Buchbinderverband in Unterhandlungen zu treten.

Gleichzeitig bitten wir, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß Herr Etnisfabrikant F. Bachmann-Frankfurt a. M. der Vereinigung der Hanauer Etnis-

fabrikanten beigetreten ist. Herr F. Bachmann erklärt sich mit den Hanauer Fabrikanten solidarisch. Hochachtungsvoll
 Vereinigung der Hanauer Etnisfabrikanten
 Ges. Vd. Geisefeld, Vorsitzender."

Kollege Weg gab der Versammlung dann noch bekannt, daß nach diesem Schreiben versucht wurde, durch Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Unterhandlungen anzubahnen. Auch dieses lehnten die Fabrikanten ab mit dem ausdrücklichen Hinweis, „mit dem Buchbinderverband nicht in Unterhandlungen zu treten“.

In der anschließenden Diskussion wiesen die Versammelten mit Entrüstung das Verhalten der Fabrikanten zurück. Nachdem die Versammelten sich noch über die erfolgten Entlassungen einiger Kollegen dahingehend geäußert hatten, daß diese als gemäßregelt zu betrachten sind, kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Ablehnung ihrer berechtigten Forderungen durch die Unternehmer. Die Versammelten bedauern insbesondere, daß die Fabrikanten jede Verhandlung nicht nur mit den Arbeitervertretern, sondern auch unter Vermittlung des Gewerbegerichts als Eingangsamt ablehnen. Ferner erhebt die Versammlung entschiedenen Protest gegen die Entlassungen bei einzelnen Firmen und erblickt darin eine Maßregelung, vorgenommen zu dem Zweck, die Arbeiterchaft einzuschüchtern. Die Versammelten geloben, nach wie vor treu zur Organisation zu halten, sich auf keinerlei Sonderabmachungen einzulassen und alles daranzusetzen, bis ein annehmbarer Friede gesichert ist.“

Freiburg i. Br. Am 30. Juni fand eine von der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Buchbinder-Verbandes einberufene öffentliche Versammlung statt. Gauleiter Kollege Krübe-Chemnitz referierte über das Thema: Tarifverträge und deren Bedeutung“. Der Redner schilderte die Entwicklung der deutschen Tarifgemeinschaften im allgemeinen und ging dann insbesondere auf die bestehenden Tarifverträge im Buchbindergewerbe ein. Durch den Tarif der Buchbinder in den drei größeren Tarifstädten (Dreistädtertarif) war es möglich gewesen, gesündere Zustände im Buchbindergewerbe für ganz Deutschland herbeizuführen. Diese besseren Verhältnisse im Gewerbe selbst sollten sich aber auch die einzelnen Verursorber zuzunehmen machen, indem sie sich der Organisation anschließen und einmütig bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse fordern. Da die Zahlstelle Freiburg in diesem Jahre in eine Lohnbewegung eintrete, wäre es am hiesigen Plage ganz besonders zu empfehlen, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu organisieren. Nur einer geeinigten und organisierten Arbeiterchaft wäre es möglich, eine Tarifverneuerung vorzunehmen, durch welche bei den teuren Zeiten die bestehenden Lohnverhältnisse von 17 bis 25,50 M. einer gehörigen Korrektur unterzogen würden. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich auch zwei Vertreter des christlichen graphischen Zentralverbandes, die toll und ganz ihre Zustimmung zu den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Referenten gaben. Sie erklärten, daß sie bereit sind, auf dem Boode des Leipziger Tarifs gemeinsam mit den freioorganisierten Kollegen Freiburgs für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. In seinem Schluszwort faßte der Referent nochmals die wichtigsten Punkte zusammen und ermahnte zur Einigkeit, damit die Frucht des Tarifabschlusses für beide Teile, ob christliche oder freioorganisierte Kollegen, eine gute sein möge.

Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung vom 1. Juli, welche sich durch die Neuwahl der Weisiger zum Verbandsvorsitz notwendig machte, nahm zuvor den Bericht vom Verbandstag durch den Kollegen Klar entgegen. Derselbe führte aus: „Der diesjährige Verbandstag hatte keine sensationelle Bedeutung, sondern seine Aufgabe war der innere Ausbau der Organisation. Bevor aber darüber berichtet wurde, ging Redner auf den bereits bei der Ortsverwaltung eingegangenen Protest über die Mitwirkung der Militärkapelle beim Empfangskommers ein. Redner erklärt die Verteilung dieses Arrangements sei eine Verletzung der württembergischen Verhältnisse. Die Delegierten zu den Verbandstagen sind regelmäßig Gäste der Zahlstelle des Tagungsortes, und diese sucht das Beste für ihre Gäste zu bieten. Die Bedeutung, welche einzelne Mitglieder diesem Vorgang beilegen, habe dieser nicht.“

In den weiteren Darlegungen berichtet Redner über die gefaßten Beschlüsse und die Diskussionen zu den Geschäftsberichten und erläutert besonders die Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage, sowie die für die einzelnen Beitragsklassen angelegte Verdienstgrenze.

Bei der nun folgenden Diskussion ersucht der Kollege Tuschek um Auskunft über den Berliner

Antrag, wonach Mitglieder, welche 520 Wochenbeiträge geleistet haben, in die höchste Klasse eintreten. Kollege Klar erwidert, daß dieser Antrag nur dann Aussicht auf Annahme habe, wenn die dritte und vierte Beitragsklasse erhöht wurde. In der weiteren Debatte wird teilweise sehr scharf kritisiert, daß seitens der Berliner Delegierten gegen die Regimentsmusik nicht protestiert wurde. Ein diesbezüglicher „Antrag Göbel“ wurde auch einstimmig angenommen. Ferner beschließt die Generalversammlung, daß jedem arbeitslosen Mitgliede ein Protokoll vom Verbandstag gratis zur Verfügung gestellt wird.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl der Weisiger zum Verbandsvorsitz und der Weisigoren für die Verbandskasse. Ueber das Ergebnis der am 5. Juli stattgefundenen Wahl ist bereits in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet.

Berlin. Die Luzuspapierbranche hielt eine Branchenversammlung im „Fürstenhof“ ab, in welcher Kollege Brüdnier über das zeitgemäße Thema: „Volksfürsorge“ referierte. Der Referent vertrat es vorzüglich, die Vorteile, welche die „Volksfürsorge“ den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften gegenüber bietet, der Zugehörigkeit vor Augen zu führen. Er schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis, die Kollegen nicht aufzulassen, daß sie ihre Versicherungen in Zukunft der „Volksfürsorge“ und nicht den bürgerlichen Versicherungsgesellschaften zuführen sollten. Dierauf setzte eine lebhaft Diskussions ein, in welcher sämtliche Redner die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge“ begrüßten.

Unter „Branchenangelegenheiten“ machte Kollege Lippoldt darauf aufmerksam, daß der Tarif der Plakatpräger in Dresden gekündigt sei und ersuchte bei Arbeitsangeboten nach dort vorsichtig zu sein und erst bei unserer Zahlstelle in Dresden Erkundigungen einzuziehen. Des weiteren sei es sehr zu beklagen, daß in mehreren Großbetrieben unserer Branche die Unruhe eingerissen sei, daß die Kollegen ihren Bedarf an Lebensmitteln in corpore von Firmen beziehen, wo jegliche Kontrolle fehle, ob die Ware unter tariflichen Verhältnissen hergestell sei. Für die Goldschmittmacher, welche in Luzuspapierfabriken arbeiten, hat sich infolge von Preisreduzierungen und durch die Lohnrückerei, welche das Zwischenmeistertum mit sich bringt, die Notwendigkeit herausgestellt, durch festeren Zusammenschluß und bessere Zahlungnahme mit unserer Branchenleitung dem entgegenzutreten. Eine Verammlung, die sich damit beschäftigen soll, ist zum 17. Juli geplant und werden die Kollegen ersucht, da, wo sie mit Goldschmittmachern zusammenarbeiten, darauf aufmerksam zu machen. Ein Antrag, den Arbeitslosen 50 Pf. Gehalt zu bewilligen, wurde angenommen.

Bei „Verschiedenes“ verdient erwähnt zu werden, daß der Jungdeutschlandbund unter den Jugendlichen unserer Branche seine Werbetrommel rührt und daß es speziell die Werksführer sind, welche sich zu freiwilligen Agitatoren hergeben, um kraft ihrer Autorität Mitglieder für den Bund zu gewinnen. Dem wurde mit Recht entgegengehalten, daß die Vertrauensleute hier auf dem Posten sein müssen. Die Jugend muß auf unsere Bestrebungen, sie durch gute Literatur, Vorträge und Kunst zu erziehen, welche Aufgabe sich unsere Jugendsektion gestellt hat, aufmerksam gemacht werden. Auch dürfte der Hinweis hier nochmals am Platze sein, daß die Ortsverwaltung für die männlichen Jugendlichen die „Arbeiter-Jugend“ und für die weiblichen Jugendlichen die „Gleichheit“ gratis abgibt.

Saarbrücken. In der am 5. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung waren die Kollegen fast vollständig erschienen, ein Beweis der regen Teilnahme und des wachsenden Interesses unserer Mitglieder am Verbandsleben.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, worunter besonders das Erscheinen des zweiten Bandes der Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes, sowie einige neue Broschüren das Interesse der Kollegen erregten, gab der Vorsitzende den Kartellbericht, aus dem zu erwähnen ist, daß die Sitzungen des hiesigen Gewerkschaftskartells von Seiten vieler Gewerkschaften sehr fleißig besucht werden, denn von 82 Delegierten waren nur 28 anwesend. Um diesem Uebelstand zu steuern, soll an die Gewerkschaftsvorstände ein diesbezüglicher Appell gerichtet werden. Auch auf den Boykott der Erzeugnisse der Zichorienfabrik Weiß, Stettin, wurde nochmals hingewiesen. Das letzte große Gewerkschaftsfest erbrachte bei einer Einnahme von 768,90 M. und einer Ausgabe von 713,13 M. einen Ueberschuß von 55,77 M. Dem Antrag des Jugendauschusses, pro Mitglied und Jahr einen Extrabeitrag von 5 Pf. zu erheben, stimmten auch unsere Kollegen zu, nachdem die anderen Gewerkschaften sich ebenfalls aufstimmend erklärten und einige sogar feste, den Mitgliederstand weit übersteigende Kaufbeiträge in Aussicht

stellen. Hierauf kam der wichtigste Punkt der Tagesordnung, den Beitrag zur Lokalkasse von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Der Vorsitzende führte hierfür gewichtige Gründe an und wies namentlich darauf hin, daß es bei dem niederen Beitrag von 5 Pf. nicht möglich ist, allen Anforderungen gerecht zu werden. Auch erfolgte die bevorstehende Lohnbewegung dringend eine Stärkung der Lokalkasse. Da die Verbandskasse in Krankheitsfällen bekanntlich in der ersten Woche keine Unterstützung bezahlt, so soll künftig in der ersten Woche für Ledige 2 M. und für Verheiratete 3 M. aus lokalen Mitteln gewährt werden. Die meisten Kollegen sprechen sich für die Erhöhung des Lokalbeitrags aus. Nur ein Kollege wandte sich dagegen, da er und einige der dritten Klasse angehörige Kollegen nach ihrem Verdienst nun in Zukunft in der vierten Klasse steuern müssen. Mit allen gegen vier Stimmen wurde schließlich der Antrag des Vorstandes, den Lokalbeitrag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen, angenommen, sowie der obgenannte Vorschlag betreffs lokaler Krankenunterstützung.

Nach stattgefundener Genehmigung des Verbandsvorstandes soll der neue Beitrag ab 1. August erhoben werden.

Nach der Mahnung des Vorsitzenden, immer so zahlreich wie heute zur Versammlung zu erscheinen, und mit der Mitteilung, daß der neue Tarif zur Begutachtung bereits an den Verbandsvorstand eingeleitet sei und deshalb nun eine ernste Zeit für uns andröhrt, welche das Interesse aller Kollegen in Anspruch nimmt, wurde die von dem besten Geist besetzte Versammlung geschlossen.

Göppingen. Die am 7. Juli stattgefundene Mitgliederversammlung war leider nur von 7 Kollegen besucht. Kollege Bühler gab eine kurze Uebersicht über die Verhandlungen des Verbandstages, dabei auf die in der „Buchbinder-Zeitung“ erschienenen Berichte verweisend. Im Kartellbericht wurde die Abrechnung von der Reise gegeben und erwähnt, daß die im Frühjahr von den Gewerkschaften betriebene Agitation nicht besonders nutzbringend war.

Unter „Verschiedenes“ bedauerte der Vorsitzende, daß trotz der vielen Anstrengungen, welche die Ver-

waltung macht, um das Interesse der Mitglieder am Verbandsleben zu heben, die Versammlung wieder so schlecht besucht ist. Er forderte die Anwesenden auf, im Kreise der Kollegenschaft darauf hinzuwirken, daß auch in Göppingen ein anderer Geist in die Zahlstille einzieht, da sonst zu befürchten sei, daß auch die wenigen arbeitsfreudigen Kollegen den Mut verlieren und damit dann auch den Mitgliedern ein Schaden entzögen wird, da ohne Zahlstille die Lohnverhältnisse am Ort sich noch schlechter gestalten würden, als sie es ohnehin jetzt schon sind.

Abrechnungen

Vom 2. Quartal gingen bis zum 15. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Altenburg mit 270,— M., Ebersbach-Neugersdorf 134,82 M., Eisenach 105,— M., Erfurt 695,49 M., Erlangen 450,— M., Falkenstein 80,— M., Frankfurt a. O. 100,— M., Glogau 96,23 M., Göpping 347,39 M., Halberstadt 159,70 M., Kaiserslautern 80,— M., Kandel 76,69 M., Kiel 344,39 M., Köln 40,— M., Langensalza 80,— M., Leipzig 15 207,50 M., Lübeck 342,66 M., Mainz —,— M., Meissen 80,— M., Neuwied 87,39 M., Oberwiesenthal —,— M., Osterfeld 43,60 M., Posen 400,— M., Potsdam-Konowes 300,— M., Rostock 100,— M., Rützingen-Wilhelmshaven 57,29 M., Schwerin 120,— M., Sebnitz —,— M., Tilsit 145,— M., Weimar —,— M., Wittenberg 100,— M.

Gau 9.

Den Zahlstellen und Einzelmitgliedern zur Nachricht, daß am 31. August ein

Gautag

stattfindet. Tagesordnung und Tagungsort wird noch rechtzeitig bekanntgegeben, evtl. durch Rundschreiben. Anträge sind bis spätestens 15. August an Unterzeichneter einzureichen.

Der Gauvorstand. F. H. K. Wähler.

Adressenänderungen.

Vertikale Bevollmächtigte.

Halberstadt, G. Theune, Franziskanerstr. 32 I.
Stuttgart, Hans Dürr, Stuttgart-Gablenberg, Pfarrstr. 49, p. Sämtliche Zuschriften und Sendungen, die Zahlstelle Stuttgart betreffend, sind zu richten an K. Hemminger, Holzstr. 16 I.

Unterstützungs-Auszahl.

Freiburg i. B. Wilsch, Lang, Schreffelstr. 2 III.

Gaubevollmächtigte.

Gau 8. Vertrauensmann für Marburg a. L. Ludwig Artus, Meyerbach 9 IV.

Briefkasten.

Zurückgestellt wegen Raummangel: Aus der Leipziger Kartonnagenbranche, sowie Korrespondenzen aus Braunschweig und Oberwiesenthal. L. Dr. in K. Inzerat in Nr. 27 kostet 3,60 M. W. G. in L. Ihre Eingekaufte so ohne weitere Begründung nicht verwendbar. Der Geraer Buchbindermeister, welcher zugleich auch noch die Stelle eines Leichtenrägers verleiht, wird so ein armer Dachstuhlkranter sein, der auf den Nebenverdienst angewiesen ist.

D. Fr. in Fr. O. Ihre Anfrage, wieviel Zeit zur Anfertigung von 60 Plakaten, 32x47 Zentimeter, zweiseitig fahsigiert, mit Papier eingefaßt, grundiert, ladiert und mit Leinwand versehen, erforderlich ist, kann nicht so ohne weiteres beantwortet werden, weil dabei die Art des verarbeiteten Materials und auch die vorhandenen Hilfsmittel zu berücksichtigen sind. Jedenfalls dürfte die von Ihnen dazu gebrauchte Zeit nicht zu lang sein, wenn saubere Arbeit geliefert werden soll.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“ wirkt man nicht fort, sondern gibt sie : an nichtorganisierte Kollegen weiter.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

Hauptversammlung

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 2. Quartal 1918.
2. Revisions- und Kontrollbericht.
3. Bericht der Delegierten von der außerordentlichen Generalversammlung in Leipzig.
4. Renwahl der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes

findet statt in **Berlin, Freitag, den 25. Juli 1918,** abends 8 1/2 Uhr, in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 58/59.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Unsere treuen Kollegen **Karl Westel** u. **Frl. Barbara Dresend** zu ihrer Vermählung die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Bonn a. Rh.

Ingenieur-Akademie

Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro Ing. Bau-Ing. und Architekten.

Wegen andauernder Krankheit meines Bruders, ist dessen seit einem Jahr mit Erfolg betriebene

Buchbinderei,

mit oder ohne Laden, in Göppingen, veräußert. Gute Kundschaft ist vorhanden; rat- und tatkräftige Unterstützung zugesichert. Zur sofortigen Uebernahme sind 1500 bis 2000 M. erforderlich. Für einen organisierten Kollegen gesicherte Existenz.

Auskunft erteilt **Karl Frey,** Buchbinderei, **Stuttgart, Drümmenstr. 21.**

Arbeitslosen-Zusuchtkasse für Buchbinder u. verw. Berufe, Berlin.

Die auf Sonnabend, den 26. Juli im Lokal von Meyer, Driantstrasse, angelegte **Generalversammlung** findet Umständehalber erst am

Sonnabend, den 2. August

Der Vorstand.

statt.

Patent - Demo - Leimbehälter
hält den Leim lange Zeit hindurch gebrauchsfertig.
Tausende Apparate in **im Gebrauch!**
Buchbindereien etc.

Jede **Feuersgefahr, Anbrennen des Leims etc.** wird bei Benutzung der **Demo-Leimbehälter vermieden.**



Viele **glänzende Gutachten** von Fachleuten liegen vor. **Außerst widerstandsfähig und haltbar.**

Neue Ausführung. Innenteile aus verzinnemtem Messing, das eigentliche Leimgefäß aus Kupfer!

Thermos-Aktiengesellschaft, Berlin W. 35.

In Industriestadt b. 15 Mile Entwohn. m. hoh. Schulen und Garnison, ist gut eingeführt

Buch- und Papierhandlung mit kleiner Druckerei

in bester Lage wegen plögl. Todesfalls des Besitzers bald zu verkaufen. Uz. 4 Mile. Nähere Auskunft erteilt **Eugen Seibt,** Raaban i. Schlefien.

Tüchtige Einrichtungs

auf rohe Etnis und Galagen in gute, dauernde Stellung sofort gesucht. Offerte unter **S. S. 234** an die Expedition dieses Blattes.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O. Th. Winckler, Leipzig**